

In fast regelmäßigen Abständen erwerben sich Neonazis allgemeine Aufmerksamkeit. Plötzlich überschlagen sich die Medien und etablierten Politiker in ihrer Besorgtheit. Es scheint kein anderes Thema mehr zu geben. Alle wollen beweisen, wie gut demokratisch sie sind und wie hervorragend sie die deutsche Vergangenheit bewältigt haben. Bei genauerem Hinsehen wird ein Grund erkennbar: das Ansehen im Ausland, die guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen sollen nicht gefährdet werden, wenn der sowieso schon vorhandene Neonazismus unangenehm sichtbar wird. Deutlich sagt ein Chef der Arbeitgeberverbände, dass die Wirtschaft und ihre Interessen im Vordergrund stehen. Ihn beunruhigten, so klagte er, grundsätzlich die Wahlerfolge der NPD weniger als die Wahlerfolge der PDS. Allerdings: Unangenehme Fragen aus dem Ausland bleiben auch für ihn unerwünscht.

Trotz der Begeisterung für die Rede Martin Walsers: Die deutsche Vergangenheit muss also doch immer noch bewältigt werden. Wie erreicht man aber eine Vergangenheitsbewältigung, die aber keine unerwünschten Fragen an die Gegenwart stellt, die ökonomie- und politikkompatibel bleibt? Eine schwierige Gratwanderung, bei der Neonazis stören könnten.

Helfen könnte eine reduzierte Sicht, sowohl auf die deutsche Vergangenheit wie auf die Neonazis.

Auschwitz wird zum unverständlichen Bösen an sich erklärt, zu einer gleichsam anthropologischen Konstante des Bösen, dem am besten durch Sozialisierung zum fleißigen Arbeiter, neuerdings zum funktionierenden Marktsubjekt zu begegnen sei. Spätestens nach fünf Minuten taucht deshalb in jedem Fernsehfilm der sattsam bekannte SA Mann auf, mit dessen unordentlichem Verhalten nun wirklich kein Fernsehzuschauer etwas zu tun hat. Beliebt sind Schilderungen von NS-Sadisten, weil sie die „dunklen Jahre“ so fern rücken, dass sie gar nicht mehr bewältigt werden müssen. Dies wiederholt sich bei der Schilderung von Neonazis: Springerstiefel, Glatzen, lauter unerzogene Menschen, die gar nicht in unsere Gesellschaft gehören. Leicht lassen sich deshalb Forderungen nach mehr Kontrolle, Verboten, mehr Erziehung stellen. Die extremistischen Leistungsverweiger sind die Gefahr. Unsere Gesellschaft muss nur ihre Vergangenheits- und Gegenwartsränder in den Griff bekommen, damit der Markt endlich frei macht.

Es geht bei diesen Bewältigungsstrategien nie um uns selbst, immer um andere. Nicht zuletzt deshalb können diese „Anderen“ auch leicht durch „islamistische Terroristen“ ersetzt werden. Wie die Neonazis heute, so waren auch die Nazis

Alle einig gegen Rechts?

von Wolfgang Dreßen

Referat auf der Tagung der Antifaschistischen Nachrichten am 19. Februar in Köln

„Andere“. Deshalb müssen eben auch die deutschen Opfer betrauert werden: Auch wir haben unter dem NS gelitten, wie wir jetzt gegen die Neonazis zusammenstehen.

Dieser Verdrängungszusammenhang macht es so schwierig, darüber zu diskutieren, was jetzt, angesichts der Wahlerfolge der NPD, zu tun sei. Denn es geht doch vor allem um uns selbst, um unsere Vergangenheit und unsere Gegenwart. Die propagierte Sicht auf Vergangenheit und Gegenwart des Nazismus stellt diese aber bereits außerhalb unseres gesellschaftlichen Zusammenhangs.

Kampf um die Erhöhung der Mehrwertrate nimmt darauf keine Rücksicht mehr. Ein nationaler Sozial-Staat gehört erst recht in die historische Rumpelkammer. Er war verbunden mit den bisherigen Regulationsmodellen, angefangen mit den Bismarckschen Sozialgesetzen bis zur nazistischen Volksgemeinschaft.

Anders als in anderen Ländern wird dabei aber in Deutschland der bisherige ideologische Grundkonsens in Frage gestellt. Hier baute die Wirtschaft den Staat auf, die Wirtschaft sicherte über den 8. Mai hinaus die Kontinuität, an die staatlich erst 1949 angeknüpft werden konnte.



Die „herrschende“ Politik steckt in einer tiefen Legitimationskrise, die sie unglaubwürdig macht. Die bisherigen kapitalistischen Regulationsmodelle basierten ideologisch auf Nationalismus, er entsprach ökonomischen Interessen. Jetzt muss unser lieber Bundeskanzler im Stil der NPD. der Deutschen Bank vorhalten, das Wort „deutsch“ stünde ihr nicht mehr zu, weil sie nur an Profit und nicht an Arbeitsplätze denke. Aber an was soll eine Bank denn sonst interessiert sein als an Profit? Und dieser Profit wird inzwischen globalisiert erwirtschaftet: „Made by Daimler-Chrysler“, nicht mehr „Made in Germany“.

Opel gehörte schon seit den 20er Jahren zu General Motors, aber das Geschäft blieb national orientiert, Opel produzierte deutsche Rüstungsgüter. Jetzt konkurrieren die einzelnen Betriebs-Standorte weltweit gegeneinander, um ein für den Gesamtkonzern, d.h. für die Aktionäre, günstigeres Lohn-Leistungsverhältnis herauszuwirtschaften. Bisherige Kriege konnten noch nationalistisch vermarktet werden, der gegenwärtige weltweite

Und die Kontinuität der Volksgemeinschaft wurde ebenfalls ökonomisch abgesichert, durch den „Sozial-Staat“. Erst auf dieser Kontinuitätsbasis konnte die Vergangenheit selektiv „aufgearbeitet“ werden, wie es hieß.

Man hatte innerhalb der Prosperitätsphase die Vergangenheit „bewältigt“, wie es ebenfalls hieß, weil die Basis der Volksgemeinschaft verdrängt wurde: Die durch Vernichtungskriege, Zwangsarbeit und Judenverwertung garantierte Konsumgemeinschaft, die nur durch die böse „Rote Armee“ und die „alliierten Terrorangriffe“ gestört wurde. Solange der Sozial-Staat hielt, blieb die Volksgemeinschaft ruhig.

Das hat sich alles geändert. Der ökonomische Grundkonsens wird ökonomisch und in der Folge auch politisch aufgekündigt. Die Vergangenheit kehrt deshalb wieder: Die Deutschen sind die Opfer, der Terror kommt wieder von den kapitalistischen Angelsachsen. Und langsam traut man sich auch wieder die wahren Feinde zu benennen, die Juden.



Brutaler Nazi-Überfall auf antifaschistische Jugendliche

BAD HOMBURG. Am späten Abend des 18. März wurden in der Nähe des Homburger Hauptbahnhofs zwei jugendliche Antifaschisten von einer sechsköpfigen Gruppe junger Neonazis überfallen. Mit den Worten „Dies ist mein Land! Hier habe ich das Recht!“ wurde mit Fäusten und einem Teleskopschlagstock auf einen Jugendlichen eingepöbeln, während eine junge Frau dazu gezwungen wurde ihr T-Shirt mit der Aufschrift „Gegen Nazis“ ausziehen. Das T-Shirt wurde verbrannt. Der junge Mann musste mit zahlreichen Verletzungen in Gesicht, an Armen und Beinen im Krankenhaus mehrere Stunden behandelt werden. Er erstattete Anzeige. Zwei der Täter wurden noch am selben Abend von der Polizei gefasst.

Bei dieser Tat handelt es sich um keinen Einzelfall. Auch wenn Justizminister Hecken davon spricht, dass es im Saarland im vergangenen Jahr keine „rechts-extremistischen Gewalttaten“ gab, so liegen der Antifa Saar mehrere dokumentierte Fälle von neonazistischen Übergriffen vor. So berichtete beispielsweise auch die Saarbrücker Zeitung im November 2004 von einem brutalen Übergriff, begangen von rechten Schlägern in Saarbrücken. Und in Homburg existiert mit der Kameradschaft Homburg/Neunkirchen eine ins bundesweit agierende neonazistische „Aktionsbüro Saar“ eingebundene Struktur.

Die Antifa Saar ruft anlässlich dieses Überfalls auf zu einer Demonstration am Samstag, den 26. März 005 um 14 Uhr. Treffpunkt ist vor dem Hauptbahnhof in Homburg. Gruppen und Organisationen, die die Demonstration unterstützen wollen können sich unter email-Adresse antifasaar@yahoo.de melden.

Antifa Saar/Projekt AK ■

NPD in Rheinland-Pfalz

Am Sonntag 20.3. führte der NPD-Kreisverband Rhein-Nahe eine Saalveranstaltung aus Anlass der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz durch. Laut einem Bericht der NPD waren auch Mitglieder der DVU, der REP und freie Nationalisten anwesend. „Auch viele Republikaner sind im Gegensatz zu ihrer Parteiführung zu einem Miteinander bereit, über 800 Unterzeichner des „Hamburger Signals“ fordern aktuell das Ende des Gegeneinanders Rechter Parteien in Deutschland“, so Rohleder vom NPD-Kreisverband. Auch der Fraktionsvorsitzende der NPD im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, trat als Redner auf. Der NPD-Landesvorsitzende Peter Marx rief zur Unterstützung der NPD bei der Landtagswahl im März in Rheinland-Pfalz auf. ■

Insofern entsprechen die Neonazis dem Zeitgeist, aber ökonomisch?

Der Grundkonsens wurde ökonomisch aufgekündigt, weil er einer weiteren Profitvermehrung im Wege steht, und weil er nach der Niederlage des sog. realen Sozialismus nicht mehr gebraucht wird. Auch der Überangepasste kann sich nicht mehr auf die Ökonomie verlassen, nicht individuell und auch nicht politisch. Gefragt ist jetzt das unternehmerische Selbst, das die Kapitalverwertung so weit verinnerlicht hat, dass es seine Verwertung als persönliche Freiheit empfindet. Während Adorno in seinen Überlegungen zur „Erziehung nach Auschwitz“ noch ein Individuum einforderte, das er zum „Zentrum des Widerstands“ erklärte, mutiert das heutige Individuum zum zwar differenteren, aber funktionalen Selbst. „Diversity Management“, funktionale Differenz, wird gefordert, auch in einer rechtskonservativen Regierung wie den USA unterstützt eine schwarze Außenministerin das Geschäft. Die Deutsche Bank fördert „Gay Banking“, Ford mag den Christopher Street Day. Die Ideologie der bisherigen Volksgemeinschaft behindert dagegen das Geschäft. Die Ausschlusskriterien richten sich nach der Funktionalität, nicht mehr nach Ethnien oder Rassismen. Niemand, auch kein Mitglied der Volksgemeinschaft, kann sich darauf verlassen, nicht bankrott zu gehen.

Die Wut der Neonazis folgt aus diesem Wissen. Selbst ein heutiger Industrieclub würde sich auf kein Bündnis mehr mit ihnen einlassen. Nicht weil die Herren und inzwischen auch Damen des Industrieclubs nun plötzlich humaner geworden sind, sondern weil sie ihre Profitinteressen anders und besser realisieren, weltweit unmittelbar auf ökonomischer Basis. Auch der Krieg gegen den Irak basiert zum erheblichen Teil nicht mehr auf einer traditionellen Armee, sondern auf ökonomischen Verbänden, auf einer Söldner High-Tech-Armee. Die anderen, meist Soldaten, die durch den Kriegsdienst die amerikanische Staatsangehörigkeit erwerben wollen oder die keine andere Jobvariante mehr besitzen, dienen als Kanonenfutter.

Kanonenfutter wird allerdings gebraucht, vor allem ideologisch, auch bei uns. Dies bleibt, wie schon immer, die Aufgabe der Neonazis. Die ökonomische Entwicklung darf nicht dazu führen, dass diese Gesellschaftsformation selber in Frage gestellt wird. Die Neonazis dienen daher einer doppelten Ablenkung. Ihre Anhänger träumen vom deutschen Reich, das ist gut so, da kommen sie nicht auf falsche Ideen, und die offizielle Bekämpfung der Neonazis beweist, dass die Lehren aus der Vergangenheit gezogen wurden. Und dann kann auch noch

diese Vergangenheitsbewältigung, die das schlechthin „Böse“ und „Unzivilisierte“ bekämpft, eingesetzt werden, um die Märkte auszudehnen. Auch die Bombardierung Jugoslawiens verhindert Auschwitz, wie uns Joschka Fischer bewies, und bevor Bagdad bombardiert wurde, legte der amerikanische Präsidentsent in der Normandie Kränze ab. Denn auch diese Bombardierung ist eine antifaschistische Tat. Es ist einsichtig, dass Neonazis am Holocaust-Mahnmahl dann nur stören, wenn sie ansonsten auch nur auf die Menschen einschlagen, die auch von der offiziellen Politik nicht gewünscht werden. Deshalb werden die Neonazis nicht wirklich bekämpft, während das offizielle Geschrei aber immer wieder groß



wird, wenn auf internationaler Ebene die Geschäfte sich gestört fühlen.

■ Nun zu den Neonazis selbst.

Der Vizevorsitzende der NRW-NPD ist gerade zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt worden. Er hatte am 26. Juni 2004 die Demonstration gegen den Bau der Synagoge in Bochum u.a. damit begründet, dass im Talmud zum Kindesmissbrauch aufgerufen würde. Er schaffte es, dass seine antisemitische Talmudinterpretation mit langen Lesungen im Gerichtssaal noch einmal wiederholt werden durfte, die Staatsanwaltschaft hatte übrigens 18 Monate ohne Bewährung gefordert. Also auch wiederum die schon eben erwähnte Zwiespältigkeit bei der Verfolgung des Neonazismus. Denn der Antisemitismus stört einerseits die internationalen Geschäfte, wenn er nicht nur in den Köpfen bleibt, sondern international sichtbar wird. In den Köpfen allerdings behält der Antisemitismus seine traditionelle Funktion. Die konkrete Unsicherheit innerhalb der abstrakten ökonomischen Verhältnisse verlangt nach einem entsprechenden konkreten Feind, der in den Juden gefunden werden soll. Die weltweiten Kapitalverhältnisse werden in einer weltweiten Projektion erklärt, im „Weltjudentum“.

Diese Anknüpfung an die Vergangenheit hat aber bitteschön in den Köpfen zu bleiben, machmal genügen ja auch Andeutungen in den offiziellen Medien, wie die „Anwälte von der Ostküste“, die schon wieder Entschädigungsgelder verlangen, so im „Spiegel“, oder die „jüdische Kaufhausdynastie Wertheim“, die Gelder für ein enteignetes Grundstück am Potsdamer Platz in Berlin fordert, so in der „Tagesschau“, wo doch die arme Arisierungsgewinnlerin Frau Schickedanz für die Erhaltung ihres Kaufhauses schon so tief in ihre Taschen greifen muss. Aber bitte nur Andeutungen, jeder weiß, was gemeint ist. Diese Offenheit der NPD stört dabei nur, es wissen doch schon alle.



„Spürst auch Du die Kälte der künstlichen Glitzerwelt in unserem Lande? Spürst Du die Hilflosigkeit und Gleichgültigkeit, die uns umgibt?“ Mit diesen Sätzen wendet sich der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten im Zusammenhang der sog. Schuloffensive an Schüler. Angesprochen werden

hier die netten, ordentlichen jungen Menschen, die auch von anderen Parteien, von Kirchen oder Sportvereinen geliebt werden. Der angesprochene Typus wurde schon nach 45 als „autoritärer Charakter“ diagnostiziert, unfähig eigene Erfahrungen zu machen, offen für jede Manipulation, voller Wut gegen jedes Andere, „Fels in der Brandung, von Dreck umspült“, wie es auf einer an Schulen verteilten Neonazi-CD heiß. Innerhalb des postfordistischen Kapitalismus wird zwar das Individuum als unternehmerisches Selbst gefragt, die Sicherheit eines unhinterfragbaren Kollektivs wird diesem unternehmerischen Selbst aber verwehrt. Danach sehnt sich aber der Bundesvorsitzende: Er preist eine „nationale Identität“, junge Menschen „finden sich bei den Jungdemokraten zusammen“, sie sind „Deutschlands Jugend“. Und die schlechten alten Projektionen sind auch versammelt: Vom Kapitalismus ist zwar die Rede, aber er wird als das „kapitalistische System der USA“ vorgestellt, eben der McDonalds Imperialismus“ die „internationale Einheitszivilisation“, der „stetig steigende Ausländerstrom“, all das stört. Stattdessen: Die Völker sollen in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden. Ähnlich hatte es der französische Neonazi

Alain de Benoist vor einiger Zeit formuliert: Das Ziel der Politik ist die Vielfalt der Völker. Das heißt übersetzt: Jeder an seinem Platz, der ihm zusteht.

So wird auch das Kollektiv Europa von der NPD in ihrem Europaplan begrüßt, als das „lebenswerte Heim europäischer Völker“, die, und jetzt folgt die Definition der Grenzen, sich „geographisch, ethnisch und kulturell als eine Einheit verstehen“. Ausgeschlossen und verantwortlich nicht für den Kapitalismus, der nicht schlecht ist, wohl aber für das „liberalkapitalistische Wirtschaftssystem“ sind „die angelsächsischen Mächte insbesondere die USA und Großbritannien“. Hier wird nicht nur den alten Projektionen gefolgt, sondern auch dem alten deutschen Kapitalismus- und Regulierungsmodell, das an kontinentalen Eroberungskriegen gegen den Osten orientiert blieb und auch in der NS-Zeit auf Europa setzte.

Zu fragen wäre, inwieweit dieses Modell insgesamt überholt ist, die NPD doch eher als eine Nostalgiepartei zu bezeichnen wäre, oder ob sich dieses Modell nicht durchaus auch noch fortsetzt, in den deutschen Interessen in Osteuropa, in der Entdeckung der deutschen Minderheiten, die ja schließlich, siehe Menschenrechte, auch zu schützen wären.

Das Bündnis der NPD mit den sog. Freien Kameradschaften deutet längerfristig eher auf eine Schwäche des Neonazismus hin. Denn diese sog. Kameradschaften können nun wirklich nicht als Bündnispartner welcher Kapitalfraktion auch immer vorgezeigt werden. Das Modell SA hat durch die Geschichte der Vergangenheitsbewältigung ausgedient.

■ Was also ist zu tun?

Woody Allen meinte einmal, das einzig richtige Argument gegen Antisemiten sei ein Baseballschläger. Das ist sicherlich richtig, wenn Neonazis in der Öffentlichkeit auftreten. Autoritären und überangepassten Menschen muss beigebracht werden, wo sie nicht erwünscht sind.

Aber der prozentuale Anteil an Fremdenfeindlichkeit und spez. Antisemitismus steigt, Folgen der Arbeitslosigkeit, Legitimationsverluste bisheriger Gesellschaften, die auch eine relative soziale Sicherheit garantierten, Überforderung des unternehmerischen Selbst, also verschiedene ideologische und soziale Ursachen. Deshalb bleibt der Neonazismus gefährlich.

Zunächst und vor allem muss begriffen werden: Schon der historische Nazismus entstammt unserer eigenen Geschichte und kann nicht in ein böses Anderes verschoben werden, wie auch immer es heißt.

Ein gutes Mittel scheint mir hier die Erforschung der Tätergeschichte zu sein, Daraus könnte eine bundesweite Aktion

werden, die jeweilige Arisierungsgeschichte vor Ort zu erforschen und eine nicht anonymisierte Offenlegung der Akten zu fordern. Die erste Wehrmachtsausstellung vor ihrer Entschärfung hat ein gutes Beispiel gegeben. Wichtig wäre doch zu wissen, was die Dresdener Opfer sich in der Arisierung angeeignet haben oder die armen Schlesier vor ihrer Vertreibung, schließlich gehörte auch Auschwitz, nicht nur ein KZ, sondern auch eine deutsche Musterstadt, zu Schlesien. Also Geschichtsarbeit.

Dies allerdings hilft nur im ersten Ansatz gegen Projektionen. Denn die Projektionen haben einen ökonomischen Grund. Auch das freie unternehmerische Selbst ist beschränkt, es wird auch durch seine Beschränkung definiert, denn es soll auf dem Markt funktionieren, und sei es mit dem Einverständnis sog. selbstbestimmter Euthanasie oder, milder, mit dem Einverständnis unzureichender medizinischer Versorgung oder Betreuung, weil es als „Kunde“ nicht genug Geld einsetzen kann. Der Marktfundamentalismus wird kommunalpolitisch und im Bildungssektor gegen jeden bisherigen Ansatz demokratischer und solidarischer Kultur durchgezogen.

In den Bildungsanstalten und in der Kommunalpolitik wären gegen diesen Trend gerade die Ansätze einer demokratischen Kultur zu erweitern. Dies bedeutet in jedem Fall eine praktische Bildungsaufgabe: Aufklärung über die ökonomischen Interessen und gegen die Resignation die Entwicklung einer gemeinsamen Gegenwehr.

Zum Schluss noch eine Warnung. Es ist ganz sinnvoll, ab und zu das Manifest der Kommunistischen Partei zu lesen, die Begeisterung von Marx gegen jeden romantischen Nationalismus, seine Begeisterung, dass die Bourgeoisie endlich alle Grenzen hinwegräumt, alles, wie es wörtlich heißt, Heilige verdampft. Also nicht die Aufrichtung neuer Grenzen. Daran arbeitet schon die NPD vergeblich. Nicht mehr Made in Germany, aber auch nicht mehr Made by Daimler-Chrysler. Stattdessen:

Wenn die Grenzen für das Kapital schon nicht mehr gelten, dann sollten sie für niemanden mehr gelten. Dies ist eine Aufgabe internationaler Solidarität. Wenn das Kapital, auch endlich, bisherige ideologische Kollektive auflöst und an deren Stelle das unternehmerische Selbst stellt, dann ist auch dieses Selbst noch zu beschränkt.

Stattdessen also: Freiheit von jeder marktbestimmten Funktionalität, das heißt: Solidarische Befreiung aus der bisherigen Arbeitsgesellschaft, also aus einer Welt abstrakter Arbeit. Diese Propagierung eines anderen Lebens könnte auf der Linken eine kulturelle Hegemonie fördern, die auf der Rechten so gefürchtet wird. ■